

# Die grosse Sorge um die Qualität

Polit-Gstürm um Lehrpersonenausbildung hält an: So geht es an der Pädagogischen Hochschule FHNW nun weiter.

Andreas Schwald

Die Politik beider Basel macht sich Sorgen um die Ausbildung von Lehrpersonen an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule (PH FHNW) in Muttenz. Nach einem Vorstoss von SVP-Landrätin Anita Biedert zur freien Fächerwahl und zur Aufhebung einer Präsenzpflicht stiessen die Jungfreisinnigen Baselland mit einer Mitteilung zu ihrer «Podcast-Pflicht»-Petition nach.

Derweil arbeitet die PH FHNW nicht nur daran, die Nachwirkungen der technischen Panne vom Juni zu beheben, sondern diskutiert intern das kritisierte Belegungssystem. Die bz beantwortet die wichtigsten Fragen zur laufenden Politdebatte.

## Worum geht es aktuell überhaupt?

Viel Kritik musste die PH FHNW wegen des Absturzes ihres Belegungssystems im Juli einstecken. Damals brach das Tool zur Fächerbelegung für das kommende Semester in der sogenannten ersten Phase kurzzeitig unter dem Ansturm zusammen. Im zweiten Zeitfenster – also in der zweiten Phase –, das am 9. September endete, lief es jedoch wieder stabil. Technisch ist das Problem gelöst.

Der PH FHNW ist dabei wichtig festzuhalten: «Unmittelbar nach der Panne wurde jeder einzelne gemeldete Fall sorgfältig bearbeitet und es erfolgte eine individuelle Beantwortung, welche alle Möglichkeiten aufzeigte.» Ebenso wichtig sei zu beachten, dass erst nach der zweiten Phase die Fälle bekannt sind, die keinen Platz gefunden haben. Bislang habe dieser Anteil bei 1 Prozent gelegen. Mit diesen Personen werde nach Abschluss der Belegung nochmals bilateral angeschaut, wie die Situation gelöst werden könne.

## Warum gibt es immer noch neue Vorstösse?

In den vergangenen zwei Wochen traten erneut Politikerinnen und Politiker auf den Plan.



Die PH FHNW verzeichnet stark steigende Studierendenzahlen. Jetzt wird eine faktische Aufhebung der Präsenzpflicht gefordert. Bild: Juri Junkov

Die Muttenzer SVP-Landrätin Anita Biedert fordert in einem Vorstoss gemeinsam mit der Vereinigung Starke Schule beider Basel, dass die Präsenzpflicht an der PH FHNW abgeschafft werde, alle Lektionen online verfügbar seien und eine freie Modulwahl stattfinde.

Das Vorgehen ist brisant, denn es wäre ein Eingriff des Parlaments ins Operative der FHNW. Deshalb musste Biedert den Antrag so formulieren, dass das Baselbiet im Regierungsausschuss der vier Trägerkantone Basel-Stadt, Baselland, Aargau und Solothurn einwirken müsste.

Der Vorstoss rief die Baselbieter Jungfreisinnigen auf den Plan, die bereits im April eine Petition zur «Podcast-Pflicht» an Hochschulen wie der Universität Basel eingereicht hatten. Darin fordern sie die Aufzeichnung von Lehrveranstaltungen, damit diese digital aufgerufen werden können. «Zu Recht wird

eine längst überfällige Diskussion über das Belegungssystem und die Präsenzpflicht an der PH Muttenz geführt. Die Situation ist unhaltbar, wie wir schon vor einiger Zeit moniert haben», lässt sich Oliver Fischer, Vizepräsident der Jungfreisinnigen, in einer Mitteilung zitieren.

## Ist es so schlecht, das Belegungssystem?

Die Kritik richtet sich weniger gegen die Technik selbst als gegen die Philosophie dahinter sowie grundsätzlich gegen die Präsenzpflicht, die an Schweizer Hochschulen die Norm ist. Die PH versucht bereits, auf möglichst viele Lebensmodelle Rücksicht zu nehmen – was das System so komplex macht, dass die IT bis ans Limit gefordert wird.

Der politische Angriff auf die Präsenzpflicht in Kursen versucht, die Flexibilität zu maximieren: Jede und jeder könnte

jederzeit die Inhalte abrufen. Dabei wird allerdings jeweils ausser Acht gelassen, dass zum Beispiel gewisse Kurse, insbesondere praktische, immer live vor Ort stattfinden müssen – nicht nur, aber eben auch aus didaktischen Gründen.

Die Diskussion ist allerdings nur bedingt spezifisch auf die PH gemünzt. Vielmehr betrifft sie in regelmässigen Abständen viele Hochschulen und Universitäten, wie auch die neuerliche Wortmeldung der Jungfreisinnigen zeigte.

## Wie geht es an der PH weiter?

Es geht um Planungssicherheit, stressfreies Belegen, hohe Flexibilität und eine mögliche Vereinbarung von Studium mit anderen Verpflichtungen. Direktor Guido McCombie hat sich bereits mit der Studierendengruppe, die das Ereignis in die Öffentlichkeit trug, ausgetauscht

und direkt deren Rückmeldung aufgenommen.

Ebenso habe er sich bereits mit der Fachschaft students.ph in einem der regelmässig stattfindenden Treffen dazu ausgetauscht. Auf Anfrage schreibt die PH: «Der Austausch mit diesen beiden Gruppen zeigt klar: Die Ansprüche der Studierenden sind sehr heterogen.»

Die PH selbst sei daran, alle Möglichkeiten für eine Änderung im Belegungsverfahren auszuloten. Sie werde ihre Überlegungen auch mit den Studierenden teilen, heisst es: Ende Oktober werde es erneut ein Treffen mit der Studierendengruppe geben, um auch deren Einschätzung zu einer allfälligen Änderung des Belegungsverfahrens abzuholen.

## Und was ist nun mit der Qualitätsdebatte?

Qualitätsfragen, insbesondere zu Praxisnähe und Theorie, sind

seit jeher ein heisses Thema in der Lehrpersonenausbildung. Der Auftrag an die PH FHNW gemäss des Eidgenössischen Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) lautet: ein wissenschaftsbasiertes Studium anbieten, das auf sehr konkrete Berufsaufgaben vorbereiten soll. Das ist auch seitens des Reglements der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) so vorgegeben. Das gilt für sämtliche Lehrpersonenausbildungen in der Schweiz, auch für die Privaten.

Die Hochschulleitung hatte bereits 2021 Anpassungen vorgenommen und entwickle dies laufend weiter. Die neue strategische Ausrichtung zielt unter anderem darauf ab, die Praxisbedeutsamkeit des Studiums zu stärken und besser sichtbar zu machen: «Die an der Hochschule vermittelten Lerninhalte sollen immer in Bezug zum professionellen Handeln gesetzt werden können.»

## Was kann die Politik da noch bewegen?

Hierbei trifft eidgenössische Gesetzgebung auf regionale Vorstellungen. Entsprechend verschafft die Debatte um das Belegungssystem auch jenen Forderungen Auftrieb, die sich ohnehin an die Inhalte und Qualität der Lehrpersonenausbildung richten. Dies schlug vor allem in den beiden Basel hohe Wellen: In Basel-Stadt will GLP-Grossrätin Sandra Bothe-Wenk zum Beispiel das Einrichten einer privaten Pädagogischen Hochschule im Kanton prüfen lassen, was wiederum bereits zu Kritik geführt hat.

Diesen Herbst dürfte zudem der neue Leistungsauftrag an die FHNW für die Jahre 2025 bis 2028 in die Parlamente kommen. Damit werden vor allem Gelder gesprochen: Baselland soll für die kommenden vier Jahre 298 Millionen Franken zahlen, Basel-Stadt 204,7 Millionen. Der inhaltliche Leistungsauftrag wird zwischen der FHNW und den Kantonen verhandelt und nicht im Parlament. Dieses kann dazu letztlich nur Ja oder Nein sagen.